



Stand: 23.7.18

Wahlprüfsteine

des Landeselternbeirats von Hessen
zur hessischen Landtagswahl

Vorbemerkung

Im Oktober 2018 stehen in Hessen wieder Landtagswahlen an. Die heiße Phase des Wahlkampfes beginnt nun, Parteien und Kandidaten werben um Stimmen. Eines der meist diskutierten Themen ist dabei die Schulpolitik:

nicht nur weil ein sehr großer Teil der Wahlbürger davon direkt oder indirekt betroffen ist, sondern auch weil Schulpolitik eines der wenigen Themen ist, das das Land autark gestalten und verändern kann. Insofern entscheiden die Hessischen Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl auch über die Zukunft der Schulen.

Doch was wollen die Parteien in diesem Bereich tun, und wie unterscheiden sich konkret ihre Programme? Gute Schulen, guten Unterricht, das Beste für unsere Kinder versprechen alle Parteien - doch was heißt das konkret?

Um dies zu hinterfragen und den Parteien und Kandidaten genauer „auf den Zahn zu fühlen“, hat der Landeselternbeirat von Hessen daher die nachfolgenden Wahlprüfsteine zur Hessischen Schulpolitik erarbeitet. Dabei handelt es sich um eine Auflistung der aktuellen Fragen und Probleme rund um Schule, wobei möglichst konkrete Fragen formuliert wurden, auf die auch möglichst konkrete Antworten erwartet werden (d.h. konkrete Maßnahmen und Angaben zur zeitlichen Realisierung). Die Fragen richten sich an die Parteien und Kandidaten und fragen vor allem danach, was diese nach der Wahl zu tun gedenken. Daran müssen sich dann später diejenigen, die gewählt wurden, auch messen lassen.

Die Fragen sind bewusst neutral formuliert und es erfolgt auch keine Bewertung der Fragen oder der möglichen Antworten, dies bleibt dem Blick des Betrachters, d.h. des Wählers überlassen. Die Antworten werden wir den hessischen Eltern zur Verfügung stellen und auf unserer Webseite veröffentlichen.

1. Allgemeine Fragen

Die Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung die teilweise Aufhebung des Koalitionsverbotes (auf die Grenzen von 2006) beschlossen.

- 1.1. Welche Unterstützung fordern Sie vom Bund?
- 1.2. Wie würden Sie Geld vom Bund einsetzen?
- 1.3. Welche Aufgaben / Veränderungen hält Ihre Partei für die Bildungslandschaft in Hessen für wichtig?
- 1.4. Was werden Sie für Chancengleichheit an den Schulen tun?
- 1.5. Was werden Sie tun, damit jedes Kind eine gerechte Chance auf einen Abschluss / Ausbildung hat?
- 1.6. Wie sehen Sie die Zukunft kleiner Schulen, sogenannter „Zwergenschulen“?
- 1.7. Wie werden Sie Städte, Gemeinden und Landkreise unterstützen, die notwendigen Schwimmbäder zu erhalten?
- 1.8. Wie stellen Sie sicher, dass der Schwimmunterricht in allen hessischen Grundschulen und den Sekundarstufen konsequent sichergestellt wird?
- 1.9. Wie werden Sie Städte und Gemeinden und Landkreise unterstützen, die teils desolaten baulichen Zustände hessischer Schulen, insbesondere der sanitären Einrichtungen, zu beheben?
- 1.10. Bis wann werden Sie die Erkenntnisse aus der Enquetekommission des Landtags „Kein Kind zurücklassen“ umsetzen?

- 1.11. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Akzeptanz von Sekundarstufenschulen, wie Hauptschulen, Realschulen, integrierte / kooperative Gesamtschulen und Mittelstufenschulen bei der Anwahl der Eltern zu stärken?
- 1.12. Wie stehen Sie zur Thematik Bildungsrat?

Bildung und frühkindliche Bildung sind derzeit ministeriell unterschiedlichen Zuständigkeiten unterworfen.

- 1.13. Wie steht Ihre Partei zu einem gemeinsamen Bildungsministerium?
- 1.14. Befürworten Sie eine verpflichtende, flächendeckende Einführung von Schulspinden für Schülerinnen und Schüler?

2. Schulorganisation

Schule bedarf zur Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben multiprofessioneller Teams, die neben Lehrkräften auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Schulpsychologische Fachkräfte, Schulsekretärinnen und Schulsekretäre, Verwaltungsassistentenkräften und IT-Fachkräfte umfassen müssten.

- 2.1. Wie möchten Sie sicherstellen, dass solche Teams gebildet werden und funktionieren können?
- 2.2. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die fehlenden Fachkräfte im Bereich Lehramt, Schulpsychologie und in sozialpädagogischen Berufen zu beheben?
- 2.3. Bis wann werden Maßnahmen Ihrer Meinung nach umgesetzt sein, um tatsächliche Personen auf dem Markt verfügbar zu haben?
- 2.4. Wie weit binden Sie die Schulträger in Ihre Überlegungen mit ein?
- 2.5. Wie beurteilen Sie die derzeitigen Klassengrößen?

3. Qualität des Unterrichts

Mit der Reform des Schulgesetzes zum Schuljahr 2017/18 wurde die Schulinspektion abgeschafft. Die Verantwortung für den Unterricht, dessen Fortentwicklung und Evaluation liegt bei den Schulen, während die Aufsichtsbehörden beratend und unterstützend tätig werden. Inhaltlicher Bezugspunkt ist der Hessische Referenzrahmen Schulqualität.

- 3.1. Halten Sie dieses System für ausreichend?
- 3.2. Wie beurteilen Sie die derzeitige Qualität des Unterrichts und welche Maßnahmen sehen Sie vor, um die Qualität des Unterrichts zu evaluieren?
- 3.3. Wie stellen Sie die Fort- und Weiterbildung der sich bereits im Beruf befindlichen Lehrkräfte sicher?
- 3.4. Ist eine besondere Qualifizierung von Schulleitungen aus Ihrer Sicht notwendig?
- 3.5. Wie möchten Sie dem Mangel an Schulleitungen begegnen?
- 3.6. Wie werden Sie die guten Ergebnisse von Modell- und Versuchsschulen hessenweit etablieren?

4. Hausaufgaben / Nachhilfe

Immer mehr Schülerinnen und Schüler kompensieren Lernlücken durch Nachhilfe. Nachhilfeeinstitute boomen, dadurch entsteht Chancenungleichheit für finanzschwache Familien. Dennoch: Es gibt es Schülerinnen und Schüler, die die Schule als funktionelle Analphabeten verlassen.

- 4.1. Was werden Sie tun, um Chancengleichheit in den Schulen wiederherzustellen?

- 4.2. Welche Maßnahmen fallen Ihnen ein, um Schülerinnen und Schülern notwendiges Fachwissen und Kompetenzen in Schulen zu vermitteln, statt über externe kostenpflichtige Anbieter?
- 4.3. Wie stehen Sie zu der Idee, Hausaufgaben durch Lernzeiten zu ersetzen?

5. Unterrichtsausfall

- 5.1. Wie definieren Sie Unterrichtsausfall?

Für Schülerinnen und Schüler ist es ohne Bedeutung, aus welchem Grund eine Unterrichtsstunde ausfällt. Für sie ist es nur wichtig, dass adäquater Ersatz vorhanden ist.

- 5.2. Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie vor, um den Unterrichtsausfall zu minimieren/zu vermeiden?
- 5.3. Bereits heute ist aufgrund der fehlenden Lehrerstellen und der fehlenden Studienplätze absehbar, dass Unterricht ausfallen wird bzw. nicht durchgeführt werden kann. Wie wollen Sie dieser Tatsache begegnen?

6. Lernmittelfreiheit

- 6.1. Wie schätzen Sie die heutige Praxis bezüglich der Lernmittelfreiheit und der finanziellen Belastungen der Schülerinnen und Schüler / Eltern ein?
- 6.2. Planen Sie diesbezüglich Änderungen? Wenn ja: welche und bis wann?

7. Digitalisierung / Medienkompetenz

- 7.1. Was verstehen Sie konkret unter Digitalisierung an den Schulen?
- 7.2. Wie soll die Digitalisierung in den Schulen in Zusammenarbeit mit den Schulträgern umgesetzt werden?
- 7.3. Welche Schwerpunkte würden Sie in einer hessischen Digitalstrategie setzen?
- 7.4. Wie werden Sie Lehrkräfte im Bereich der Digitalisierung fort- und weiterbilden?

Die Medienkompetenz ist Teil der Kerncurricula.

Die Umsetzung von Medienkompetenz in den Schulen hängt jedoch stark vom persönlichen Engagement einzelner Lehrkräfte ab.

- 7.5. Welche drei wichtigsten Punkte müsste aus Ihrer Sicht eine Strategie zur Umsetzung der Medienkompetenz enthalten?

Schulen sehen eine der größten Herausforderungen bei der Supportbetreuung. In vielen hessischen Schulen wird der IT-Support von engagierten Lehrkräften ehrenamtlich „nebenbei“ geleistet.

- 7.6. Wie werden Sie das Problem lösen, ohne dabei die Lehrkräfte weiter zu belasten?
- 7.7. Wie beurteilen Sie die Forderung, Informatik und eine Programmiersprache bereits in der Grundschule einzuführen?
- 7.8. Wie beurteilen Sie das derzeitige Unterrichtsangebot an Informatik in der Sekundarstufe I?
- 7.9. Welche Möglichkeiten bietet „BYOD“ (Bring your own device) im Unterricht unter der Berücksichtigung, dass kein Kind benachteiligt werden soll?
- 7.10. Inwieweit wird „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ im Unterricht integriert?

- 7.11. Wie weit ist die Umsetzung des nationalen Aktionsplans?
- 7.12. Wie stehen Sie zu der Thematik der digitalen Medien statt Büchern?

8. Aussagefähigkeit von Abschlüssen

An den Hochschulen steigen in vielen Bachelorstudiengängen die Abbrecherquoten an. Einige Hochschulen bieten mittlerweile Brückenkurse an, um das Leistungsniveau der Abiturienten auf das Anforderungsniveau der Hochschule zu heben. Selbst in Lehramtsstudiengängen für das Fach Deutsch entsprechen bis in höhere Semester hinein die sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten weder in Wort noch in Schrift den universitären Anforderungen. Ausbildungsbetriebe beklagen mangelnde Fähigkeiten in Mathematik.

- 8.1. Wie werden Sie dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler nicht nur Abschlüsse, sondern auch nötige Fähigkeiten/Kompetenzen erhalten?

9. Lehrkräfte

- 9.1. Wie möchten Sie das Lehramt, insbesondere das Förderschul- und Grundschullehramt attraktiver machen?
- 9.2. Welche Maßnahmen sehen Sie als erforderlich an, um die Grundschullehrerbildung stets den sich ändernden Anforderungen anzupassen?
- 9.3. Sollen Lehrkräfte weiterhin verbeamtet werden?
- 9.4. A 13 für Grundschullehrkräfte?
- 9.5. Wie sehen Sie den Stellenwert und die Bezahlung von frühkindlichen Bildungsträgern?

10. Schülerbeförderung und Schülerticket

Viele Schulen arbeiten heute im Ganztagsbetrieb. Die ausgedehnten Schulzeiten bringen es mit sich, dass sämtliches Schulmaterial (nicht nur Bücher und Hefte, sondern auch Sporttaschen, Musikinstrumente u.v.m.) auf dem Rücken zur Schule getragen werden muss. Schülerinnen und Schüler tragen täglich ein Gepäck von 3,5 bis 8 kg. Dabei werden Grundschulkindern Schulwege von zwei Kilometern und allen anderen Schülerinnen und Schülern mitunter Schulwege von drei Kilometern zugemutet. Das im letzten Schuljahr eingeführte hessenweite Schülerticket kostet 365 Euro im Jahr pro Kind.

- 10.1. Halten Sie am § 161 des Hessischen Schulgesetzes noch fest?
- 10.2. Befürworten Sie die Einführung eines kostenfreien Schülertickets für alle Schülerinnen und Schüler (von der Grundschule bis zur Ausbildung)?
- 10.3. Welche Maßnahmen zur Evaluierung und Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs werden Sie vornehmen?

11. Ganztagschulen

- 11.1. Welche Bedeutung hat für Sie und Ihre Partei die ganztägig arbeitende Schule und welche Bedeutung hat die Ganztagschule (bitte nach Grundschule und Sekundarstufe I differenzieren)?
- 11.2. Welches Ziel setzen Sie sich zum Ausbau der Ganztagschulen (Profil 3)?
- 11.3. Sollten Eltern an der Finanzierung ganztägig arbeitender Schulen beteiligt werden?

- 11.4. Wie werden Sie ggf. Schulen zum Lebensraum umbauen, um mit vorhandenen /erweiterten Raumkonzepten dem ganztägigen Schulbetrieb gerecht zu werden?
- 11.5. Welche Anforderungen stellen Sie an die Qualifikation der Betreuungskräfte an den Schulen?

Die EU stellt Fördergelder für Obst in Schulen zur Verfügung.

- 11.6. Wie stehen Sie zur flächendeckenden Einführung von gesundem Obst an Schulen?
- 11.7. Wie beurteilen Sie die Einführung von Qualitätsstandards für Mittagessen in Schulen?
- 11.8. Welche Rolle spielt für Sie die Teilnahme der Lehrkräfte beim (gemeinsamen) Mittagessen insbesondere in der Grundschule? Mit welchen Maßnahmen könnten Sie Lehrkräfte ggf. unterstützen / fördern, daran teilzunehmen?

12. Schulformbezogene Anlässe

Ersatzschulen

Der bereits seit Jahren kontinuierliche Anstieg an Schülerinnen und Schülern, die eine Privatschule besuchen, hat in den letzten Jahren weiter zugenommen.

- 12.1. Wie beurteilen Sie die steigenden Schülerzahlen an Ersatzschulen?
- 12.2. Planen Sie Gegenmaßnahmen, um die Attraktivität der staatlichen Schulen zu erhöhen? Wenn ja, welche?

Fortbestand Förderschulen

Die Förderschulen befinden sich derzeit in einer Konkurrenz zu den inklusiv beschulenden Regelschulen. Viele Eltern bevorzugen derzeit die Regelschulen, während andere sich für Förderschulen entscheiden.

- 12.3. Wie stellen Sie das Wahlrecht der Eltern von Anfang an sicher?
- 12.4. Wie gehen Sie mit der jüngsten Unesco-Forderung um?

Berufliche Schulen

- 12.5. Wie beurteilen Sie bei den zweijährigen höheren Berufsfachschulen das Angebot der Assistenzberufe?

Hauptschulen

- 12.6. Befürworten Sie die baldige Einführung eines qualifizierenden Hauptschulabschlusses auch für Nichtschülerinnen und Nichtschüler?

13. Inklusion

Hessen liegt im bundesweiten Ranking auf den hinteren Plätzen, bei der Umsetzung der Inklusion. Dabei wird eine zunehmend sinkende Akzeptanz schulischer Inklusion bei Eltern beobachtet, deren Kinder die Regelschule besuchen sollen. Als Ursache werden häufig die fehlende Ausstattung, fehlende Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte, aber auch

das „Alleingelassen werden“ der Lehrkräfte bemängelt. Die Überlastungsanzeigen in Schulen steigen stetig.

- 13.1. Wie beurteilen Sie den aktuellen Stand bei der Umsetzung der Inklusion an Schulen?
- 13.2. Welche Maßnahmen planen Sie, um Schulen und Lehrkräfte bei der Umsetzung der Inklusion zu unterstützen?
- 13.3. Wie werden Sie das Bewusstsein für gelingende Inklusion bei den Bürgerinnen und Bürgern stärken?
- 13.4. Finden Sie die Klassengrößen mit inklusiv zu beschulenden Kindern angemessen?
- 13.5. Inklusion und Gymnasium – aus Ihrer Sicht möglich?

14. Feststellung Förderbedarf

- 14.1. Wie beurteilen Sie die Regelung, dass in den beiden ersten Grundschuljahren keine Feststellung des Förderbedarfs erfolgt?
- 14.2. Wenn Sie eine andere Regelung befürworten: Wie stellen Sie deren Umsetzung sicher?
- 14.3. Wie beurteilen Sie die Teilleistungsstörung „Dyskalkulie“?

15. Werbeverbot

- 15.1. Wie beurteilen Sie das Werbeverbot an Schulen?

Lobbyismus an Schulen scheint ein neuer Firmensport zu werden. Die Rewe Group, Apple und andere Großfirmen möchten mit großen Werbeaktionen zukünftige Kunden binden. Andererseits nehmen Lehrkräfte kostenfreie Aktionen und Schulbücher gern in Kauf, da sie chronisch unterfinanziert sind.

- 15.2. Wie schützen Sie Schülerinnen und Schüler sowie Schulen vor Lobbyismus?

16. Internationaler und nationaler Bildungsvergleich

Position Deutschlands und Hessens im Vergleich:

Deutschland schneidet im internationalen Vergleich der OECD-Staaten nur mittelmäßig ab. Bemerkenswert ist vor allem, dass einige Länder, die beim ersten PISA-Vergleich noch hinter Deutschland lagen, vorbeigezogen sind. Hessen bewegt sich im Bundesdurchschnitt ebenfalls im Mittelfeld.

Laut dem Bildungstrend 2016 des IQB erreichen von den hessischen Grundschülerinnen und Grundschulern in den Bereichen Lesen und Zuhören ca. 10 %, in Mathematik knapp 15 %, in Orthografie knapp 20 % (Zahlen erfassen noch nicht den Flüchtlingszustrom in 2015) nicht einmal den Mindeststandard der festgelegten Kompetenzniveaus.

- 16.1. Mit welchen Maßnahmen reagieren Sie auf die Ergebnisse der IQB-Studie?
- 16.2. Halten Sie eine Studie zum Bildungstrend auch für die Sekundarstufen I und II für nötig?

17. Schulsozialarbeit

„Schulsozialarbeit ist Aufgabe der Kommunen!“

- 17.1. Sieht das Ihre Partei auch so?
- 17.2. Wie definieren Sie die Aufgaben der Schulsozialarbeit?
- 17.3. Für welche Änderungen der Verantwortlichkeiten, aber auch der Finanzierungen würden Sie sich einsetzen?
- 17.4. Wie viel Schulsozialarbeit an welcher Schulform halten Sie für notwendig?
- 17.5. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Schulsozialarbeit, Ganztagschule, Integration und Inklusion?
- 17.6. Wie bewerten Sie die unterschiedlichen Zuständigkeiten (Land / Kommunen) von sozialpädagogischen Fachkräften, die mit der Einstellung von 700 Stellen der Landesregierung geschaffen werden sollen?

18. Religionsunterricht

Der bekenntnisorientierte Islamunterricht wurde im Schuljahr 2013/14 zunächst an Grundschulen eingeführt. Die DITIB hat sich als Ansprechpartner für das Kultusministerium zur Verfügung gestellt. Eltern betrachten auf Grund der außenpolitischen Ereignisse eine Partnerschaft mit DITIB mit Sorge.

- 18.1. Wie sehen Sie die Zusammenarbeit mit DITIB?
- 18.2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, bekenntnisorientierten IRU auch ohne DITIB fortzuführen?

19. Demokratie / Politik

Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Autoritärem und populistischem Politikverständnis kann nur mit einer lebendigen Demokratie entgegengetreten werden. Gerade heute, da rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien erschreckend hohe Wählerschaften mobilisieren, ist die Stärkung der politischen Bildung eines der wichtigsten Mittel, um sich damit reflexiv, selbstständig und mit eigener Urteilsfähigkeit auseinanderzusetzen.

- 19.1. Wie werden Sie Politikunterricht in hessischen Schulen stärken?
- 19.2. Wie stellen Sie sicher, dass Politik nicht großteils durch fachfremde Lehrkräfte unterrichtet wird?

20. Schulrecht / Elternrechte

Hessen feiert dieses Jahr 60 Jahre Elternmitbestimmung.

- 20.1. Wie sieht für Sie die Elternbeteiligung der Zukunft aus und wie wollen Sie die Eltern und Schulen über Elternrechte informieren?
- 20.2. Werden Sie bezüglich der Elternmitbestimmung an Schulen Veränderungen vornehmen?
- 20.3. Planen Sie Änderungen am Hessischen Schulgesetz? Wenn ja, welche und wie?

21. Die Fee

Sie sind in Regierungsverantwortung und für die Bildung verantwortlich.

- 21.1. Wie sieht für Sie bzw. Ihrer Partei eine ideale Schule aus?